



Das erste Jahr Entwicklungspolitik in der 20. Legislaturperiode

Die Welt ist im Umbruch: Mit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine erleben wir eine Zeitenwende – auch in der Entwicklungspolitik. Gleichzeitig stellt die COVID-19-Pandemie mit ihren Folgen weiterhin eine große Herausforderung dar und auch die Klimakrise legt keine Pause ein. Die Herausforderungen treffen die ganze Welt, ganz besonders aber den Globalen Süden – sei es bei der Ernährungssicherheit, der Energiewende, der Sicherstellung menschenwürdiger Arbeit oder bei der sozialen Absicherung. Mit einer globalen Transformationspolitik arbeitet das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) daran, den Krisenmodus zu überwinden. Unsere Entwicklungspolitik kann im Katastrophenfall schnell und flexibel reagieren, wirkt aber vor allem vorbeugend und strukturell.

Zu Jahresbeginn hat Deutschland den Vorsitz der G7 übernommen mit dem Ziel, starke Allianzen für einen nachhaltigen Planeten, eine gute Vorsorge für ein gesundes Leben, Investitionen in eine bessere Zukunft und ein starkes Miteinander weltweit zu fördern. Auf Basis des Koalitionsvertrages verfolgte das BMZ während der deutschen G7-Präsidentschaft ein Programm, das die Erreichung der 17 nachhaltigen Entwicklungsziele (SDGs) der Vereinten Nationen in den Mittelpunkt stellt.

Die zu Beginn ihrer Amtszeit von Ministerin Svenja Schulze festgelegten Schwerpunktthemen Globale Gesundheit und Pandemieprävention, Armut und Hunger, Just Transition und Feministische Entwicklungspolitik bilden das programmatische Dach für eine global gerechte Strukturpolitik. Gerade jetzt braucht es eine starke Entwicklungspolitik, die auf vertrauensvollen Partnerschaften und einem solidarischen Multilateralismus basiert und in Zeiten von zunehmendem Autoritarismus einen wertorientierten Beitrag zur globalen Entwicklung leistet.

DAS HAT DAS BMZ IN DIESEM JAHR ERREICHT:

Solidarität mit der Ukraine: Unterstützung und Perspektiven für die Menschen

Das BMZ hat auf den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine schnell reagiert. Seit Februar wurden rund 600 Millionen Euro für die Ukraine und 112 Millionen Euro zur Stabilisierung der Republik Moldau aus dem Haushalt des BMZ zur Verfügung gestellt. Mit ihrem gemeinsamen Besuch mit UNICEF an der rumänisch-ukrainischen Grenze kurz nach dem Beginn des russischen Angriffs und ihrer Reise nach Borodjanka und Kiew im Mai unterstrich Bundesministerin Schulze früh die stabilisierende Rolle der deutschen Entwicklungspolitik auch und gerade in der aktuellen Lage.

BMZ-Sofortprogramm für die Ukraine: Das unmittelbar nach Kriegsbeginn aufgesetzte Sofortprogramm legt einen Schwerpunkt auf die Schaffung von Wohnraum für Binnenvertriebene, die Unterstützung von Kommunen und den Katastrophenschutz, beispielsweise mit medizinischem Material, Generatoren oder Ausstattung der Feuerwehr, die Menschen aus zerbombten Häusern rettet. Das BMZ trägt dazu bei, die Auswirkungen des Krieges abzumildern und die Grundversorgung (u. a. Wasser-, Sanitäts-, Gesundheits- und Energieversorgung) sicherzustellen.

Mittelfristige Unterstützung und Wiederaufbau: Die Bundesregierung hat Anfang Juli bei der *Ukraine Recovery Conference* in Lugano ihre fortgesetzte Unterstützung bei der dauerhaften Bewältigung der wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen zugesagt. Die Regierung der Ukraine, aber auch Städte, Gemeinden und Unternehmen werden dabei unterstützt, die Kriegsfolgen zu bewältigen, Binnenvertriebene zu versorgen und Basisdienstleistungen für die Bevölkerung aufrechtzuerhalten. Auch das

große Engagement deutscher Kommunen für die Ukraine fördert das BMZ mit über 100 Städtepartnerschaften und mit finanzieller Unterstützung für Hilfsprojekte.

Stärkung der östlichen Nachbarschaft: Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine gefährdet die politische und wirtschaftliche Stabilität der östlichen EU-Nachbarschaft. Das BMZ unterstützt die reformorientierte Regierung Moldaus in der aktuellen Flüchtlingssituation, in der Energiekrise und bei der sozio-ökonomischen Stabilisierung. Die Ukraine, Moldau und Georgien unterstützt die deutsche Entwicklungszusammenarbeit auf dem Weg zur Aufnahme von EU-Beitrittsverhandlungen (bzw. zum EU-Beitrittskandidatenstatus im Fall von Georgien). Die Neu-Aufnahme Armeniens in die Länderliste des BMZ befördert die Umsetzung der ambitionierten Reformagenda der armenischen Regierung. Um die Unterstützung für die Region – v.a. im Bereich der Energiesicherheit – zu bekräftigen, reiste Bundesministerin Schulze im Juni nach Georgien und Armenien.

Für globale Ernährungssicherheit – Abhängigkeit von Nahrungsmittelimporten minimieren

Bündnis für globale Ernährungssicherheit (Global Alliance for Food Security): Als Reaktion auf die drohende Hungerkrise infolge des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine hat das BMZ gemeinsam mit der Weltbank und den G7 im Mai ein Bündnis für globale Ernährungssicherheit ins Leben gerufen. Ziel des Bündnisses ist der schnelle Informationsaustausch zu akuten Krisen und die Koordinierung der Unterstützungsleistungen weltweit, um die am stärksten gefährdeten Menschen vor Hunger und Mangelernährung zu schützen. Das Bündnis ist offen für Regierungen, multilaterale Organisationen, internationale Initiativen, regionale Entwicklungsbanken sowie für den Privatsektor und die Zivilgesellschaft. Bisher engagieren sich über 100 Staaten und Organisationen.

Zusammenarbeit mit dem UN-Welternährungsprogramm (WFP): Das BMZ hat das WFP im Kampf gegen die Auswirkungen der globalen Ernährungskrise 2022 mit über 530 Millionen Euro unterstützt, soviel wie noch nie. Das WFP setzt die Mittel dort ein, wo die Not am größten ist: Das gilt zum Beispiel für die mehrjährige Dürre in Ostafrika oder die von Klimawandel und bewaffneten Konflikten besonders betroffene Sahel-Zone (z.B. Niger) bzw. den Nahen und Mittleren Osten (z.B. Jemen). In diesem Kontext reiste die Ministerin im April in den Libanon, um sich ein Bild über die Auswirkungen der Ernährungskrise zu machen und über Lösungsansätze zu beratschlagen.

Just Transition entschieden voranbringen: Internationaler Klimaschutz und Biodiversitätserhalt

Klima- und Entwicklungspartnerschaften (JETP und bilaterale Partnerschaften): Um eine sozial gerechte Transformation Richtung Klimaneutralität voranzubringen, schließt Deutschland ambitionierte Klimapartnerschaften mit Ländern des Globalen Südens. Das BMZ hat im Oktober mit der südafrikanischen Regierung vereinbart, weitere 320 Millionen Euro für Politikreformen im Zusammenhang mit der multilateralen „Just Energy Transition Partnership“ (JETP) bereit zu stellen und so die südafrikanische Energiewende und ihre soziale Abfederung zu unterstützen. Mit Indonesien wurde die JETP am Rande des G20-Gipfels in Bali auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs besiegelt. Weitere JETP werden derzeit mit Indien, Vietnam und Senegal verhandelt. Bilaterale Klima- und Entwicklungspartnerschaften wurden mit Indien, Pakistan, Peru, Ruanda, Serbien und Kenia geschlossen, ebenso eine trilaterale Klimakooperation zwischen Ägypten, Deutschland und den USA. Ministerin Svenja Schulze hat zudem im August bei einem Besuch in Bolivien die Kooperation beim Schutz des Amazonas-Regenwalds und bei der Energiewende verstärkt.

Globaler Klimarisiko-Schutzschirm: Durch den Klimawandel kommt es immer häufiger zu extremen Wetterereignissen. Besonders betroffene Länder müssen sich besser vor diesen Klimaschäden schützen können. Die G7-Staaten haben sich zusammen mit der Gruppe der vom Klimawandel besonders betroffenen Staaten (V20) auf Betreiben der deutschen G7-Präsidentschaft darauf verständigt, einen globalen Schutzschirm gegen Klimarisiken aufzubauen. Der Schutzschirm bündelt Aktivitäten im Bereich der Klimarisikoabsicherung und -vorsorge. Hierzu wurden auf der Weltklimakonferenz COP27 als Start für den Schutzschirm insgesamt 170 Millionen Euro für Klimarisikofinanzierung zugesagt. Eines

der ersten Pionier-Länder für den globalen Schutzschirm ist Pakistan, das in diesem Jahr eine verheerende Flutkatastrophe erlebt hat. Für den Wiederaufbau von Brücken, Straßen oder Wasserleitungen in Pakistan hat das BMZ zudem 39 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Durch die positive Zusammenarbeit zwischen BMZ, G7 und V20 wurde die Basis gelegt, bei den Verhandlungen in Sharm El Sheikh erstmals bei Loss and Damage zu Ergebnissen zu kommen. Am Ende der Konferenz wurde der von den vulnerablen Ländern seit langem geforderte Fonds für Schäden und Verluste innerhalb des UN-Klimaregimes beschlossen.

Verdopplung der Finanzierung für Biodiversität und Wald: Im Dezember 2022 soll auf der UN-Biodiversitätskonferenz ein ambitioniertes globales Rahmenwerk für den Biodiversitätserhalt verabschiedet werden. Deutschland erhöht seine jährliche Biodiversitätsfinanzierung in Entwicklungsländern aufwachsend auf 1,5 Milliarden Euro in 2025 und sendet somit ein wichtiges politisches Signal zum Schutz von Wäldern und anderen gefährdeten Ökosystemen weltweit. Gleiches gilt für die Verdoppelung des deutschen Beitrags im Rahmen des Global Forest Finance Pledge auf zwei Milliarden Euro für die Jahre 2021-2025.

Soziale Sicherheit weltweit herstellen

Soziale Sicherungssysteme: Entsprechend des Koalitionsvertrags weitet das BMZ sein Engagement zur Unterstützung der Partnerländer beim Auf- und Ausbau ihrer sozialen Sicherungssysteme aus. Deutschland hat als G7-Präsidentschaft soziale Sicherheit im Gipfel-Communiqué verankert. Gemeinsam mit der Weltbank und der ILO wird das BMZ die Unterstützung von Pionierländern koordiniert angehen. Wichtig ist dabei die Abstimmung von Finanzierungsmechanismen wie auch die verstärkte Berücksichtigung von sozialer Sicherheit in fragilen, Flucht- und Krisenkontexten sowie eine verbesserte Verknüpfung mit der Klimarisikoabsicherung.

Covid-19-Pandemie bewältigen, neuen Pandemien vorbeugen, globale Gesundheitssysteme stärken

Pandemiebekämpfung: Die Bundesregierung hat sich auch in 2022 gemäß des errechneten „fair share“ mit 1,1 Milliarden Euro an der Finanzierung der globalen Antwort auf die Covid-19-Pandemie – dem Access to Covid-19 Tools Accelerator (ACT-A) – und der darin verankerten Covid-19-Impfstoffplattform COVAX beteiligt, so dass Impfstoffe, Medikamente, Diagnostika und medizinische Schutzausrüstung weltweit bereitgestellt und die Pandemie zurückgedrängt werden konnte. Zusätzlich wird mit 224 Millionen Euro die Impfstoff-Verteilung in über 30 Partnerländern unterstützt.

Pandemieprävention und Impfstoffproduktion: Als Gründungsmitglied des bei der Weltbank neu eingerichteten Pandemiefonds (The Pandemic Fund) nimmt die Bundesregierung auf internationaler Ebene eine Führungsrolle beim Thema Pandemievorsorge ein. Darunter fällt auch das Engagement des BMZ zur Unterstützung von Partnerländern in Afrika beim Auf- und Ausbau einer eigenen Impfstoffproduktion. Während ihrer Reise nach Ruanda im Februar gab Bundesministerin Schulze gemeinsam mit der ruandischen Regierung und BioNTech den Startschuss für die Zusammenarbeit bei der Qualifizierung von Arbeitskräften für die geplante Impfstoffproduktion. Für eine resiliente Pandemievorsorge wird vom BMZ auch der One Health Ansatz unterstützt. Dafür hat das BMZ zusammen mit dem One Health Zusammenschluss der Weltgesundheitsorganisation (WHO), der Weltorganisation für Tiergesundheit (WOAH), der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) sowie des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP) – die sogenannte Quadripartite – den „One Health Joint Plan of Action“ vorgestellt.

Bekämpfung von AIDS, Tuberkulose und Malaria: Durch die Covid-19-Pandemie hat es zuletzt erhebliche Rückschläge bei der Prävention und Behandlung von AIDS, Tuberkulose und Malaria gegeben. Deswegen hat Deutschland den Beitrag an den *Globalen Fonds zur Bekämpfung von AIDS, Tuberkulose und Malaria* um 30 Prozent auf 1,3 Milliarden Euro für die Jahre 2023-2025 erhöht. Ein wichtiges Signal, das die Vorreiterrolle Deutschlands im Kampf gegen die drei Krankheiten unterstreicht.

Stärkung von Frauen und Mädchen – Feministische Entwicklungspolitik etablieren

BMZ-Strategie und Aufwuchspfad: Bis 2025 sollen 93 Prozent der vorhabenbezogenen Mittel der Entwicklungszusammenarbeit die Gleichberechtigung der Geschlechter fördern. Dabei soll der Anteil der Projekte mit Geschlechtergerechtigkeit als Hauptziel verdoppelt werden. Das Interesse unserer Partnerländer an dem Thema ist groß. Das haben insbesondere die Reisen von Ministerin Schulze nach Ruanda und Südamerika und der Parlamentarischen Staatssekretärin Bärbel Kofler nach Tansania und Nepal gezeigt.

Like-minded Frauennetzwerk: Am Rande der Weltbank-Jahrestagung im Oktober hat Svenja Schulze ein hochrangiges Frauennetzwerk konstituiert, welches Ministerinnen und Leiterinnen von Internationalen Organisationen zusammenbringt. Es ist das erklärte Ziel der Teilnehmerinnen, die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in Politik, Gesellschaft und Wirtschaft auf multilateraler Ebene voranzubringen und eine enge Abstimmung und Politikkoordinierung zu ermöglichen.

Migrationspolitik entwicklungspolitisch gestalten

Zentren für Migration und Entwicklung (ZME): Das BMZ setzt den im Koalitionsvertrag verankerten Paradigmenwechsel in der Migrationspolitik um, indem es entwicklungspolitische Beiträge zu umfassenden Migrationspartnerschaften leistet und die Fachkräfteeinwanderung aus Drittstaaten unterstützt. Mit *Zentren für Migration und Entwicklung* in bis zu zehn Partnerländern wird das BMZ die Beratung und Qualifizierung für faire und ethische (Arbeits-)Migration nach Deutschland und Europa, die Mobilität im regionalen Umfeld und die nachhaltige Reintegration von Rückkehrenden unterstützen.

Digitalisierung in der Entwicklungspolitik verankern

Digitale Transformation des BMZ: Das BMZ hat die eigene Digitalpolitik strategisch neu ausgerichtet und gemeinsam mit den Durchführungsorganisationen GIZ und KfW das Netzwerk „Digitale Transformation der EZ“ gestartet. Das Netzwerk ist ein „one-stop shop“ für alles Digitale in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit. Mit dem Netzwerk hat das BMZ den Grundstein für eine noch engere Zusammenarbeit mit der Digitalwirtschaft gelegt.

Engagement in multilateralen Organisationen

Weltbank: Gemeinsam mit US-Finanzministerin Janet Yellen hat Bundesministerin Schulze eine Reform der Weltbank angestoßen, damit diese neben dem ursprünglichen Fokus auf Armutsbekämpfung auch zunehmend eine Rolle bei der Finanzierung globaler öffentlicher Güter spielt und eine Führungsrolle für langfristigen Klimaschutz, Ernährungs- und Energiesicherheit, den Erhalt biologischer Vielfalt und Pandemievorsorge einnimmt. Für diesen Reformvorstoß haben Deutschland und die USA viel Unterstützung zahlreicher Partner in der Weltbank erhalten.

Überprüfung Liste der Partnerländer

Länderliste: Der Koalitionsvertrag sieht eine Überprüfung der Liste an Ländern vor, mit denen das BMZ bilateral staatlich kooperiert. Diese Überprüfung ist bis Jahresmitte erfolgt. Die Liste der BMZ-Partnerländer wurde von 61 auf 65 Partnerländer erweitert: Die Zusammenarbeit mit Armenien, Bolivien, Laos, Nepal und der Mongolei ist wieder aufgenommen worden, während die bilaterale Zusammenarbeit Deutschlands mit der Zentralafrikanischen Republik verantwortungsvoll ausläuft. Dabei wird insbesondere ausgelotet, wie das Engagement von Zivilgesellschaft und Kirchen sowie von Europäischer Union und Vereinten Nationen weiter unterstützt werden kann.